

**Gegenstand: Stadtbusverkehr 2014;
Vergabeverfahren ÖPNV - Linienbündel Speyer
Vorlage: 1105/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Tagesordnungspunkt wurde gegenüber der versandten Tagesordnung vorgezogen, da die Referenten noch einen Anschlusstermin wahrnehmen müssen.

Der Vorsitzende begrüßt die Herren Dr. Winnes und Remy vom VRN GmbH als Referenten und teilt mit, dass er beabsichtigt, alle Punkte einzeln abstimmen zu lassen, da es sich bei den Optionen um eine Art Baukastensystem handelt. Er informiert darüber, dass aus wettbewerbsrechtlichen Gründen keine Namen weiterer Bieter genannt werden dürfen und eine inhaltliche Änderung, wie z.B. ein befristeter Beschluss bei einzelnen Strecken oder Strecken-Bausteinen wettbewerbswidrig wäre. Ziel ist es einen guten ÖPNV anzubieten, der eine möglichst große Fläche abdeckt. Letztendlich ist es ein individueller Abwägungsprozess, für wen welche Linien sinnhaft sind.

Drei Ratsmitglieder haben im Vorfeld angekündigt, bei der Linienoption B 5 nicht an Beratung und Abstimmung teilzunehmen, um Diskussionen über mögliche Ausschlussgründe von vorneherein zu vermeiden. Es handelt sich dabei um Herrn Baum (SWG), Herrn Dr. Jakumeit (FDP) und Frau Dr. Montero-Muth (CDU).

Herr Dr. Winnes erklärt, ein durchaus erfreuliches Ergebnis verkünden zu können, da das Ausschreibungsergebnis deutlich unter dem Erwartungshorizont liegt, so dass auch alle optionalen Pakete innerhalb des Finanzierungsrahmens beschlossen werden könnten. Die Fachausschüsse des Rhein-Pfalz-Kreises haben bereits zugestimmt, beim Kreistag befindet sich die Vorlage im Umlauf. Er schlägt vor, die weitere Beschlussempfehlung B3 (Spätverkehr Dudenhofen) zusätzlich mit aufzunehmen, die vom Rhein-Pfalz-Kreis bereits beschlossen wurde.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigelegt wird, erläutert er, dass das Grundangebot (beginnend ab dem Startjahr 2012) mit einer 5 % Dieselpreiserhöhung kalkuliert wurde. An der Ausschreibung haben drei Bieter teilgenommen. Bieter 3 liegt unter dem Aufhebungswert, daher ist für das Grundangebot (A1, A2) kein gesonderter Beschluss mehr erforderlich; es wurde bereits mit der Ausschreibung gemeinsam mit dem Rhein-Pfalz-Kreis beschlossen, sofern der Aufhebungswert unterschritten wird.

Zu Bieter 2 bestand ein eher geringer Abstand, zu Bieter 1 jedoch ein erheblicher (> 1 Mio. €), wobei der preislich günstigste Bieter auch von der Qualitätswertung vorne ist. Offenbar hat sich dieser Anbieter am intensivsten mit den Linien beschäftigt.

Herr Remy stellt die Optionspakete anhand von Linienplänen vor:

B1 - Option Verdichtung Domplatz bis Hauptbahnhof (Grundangebot = 15 Min.), durch Linie 568 Halbierung der Taktzeit (7,5 Min.), außer zur vollen Stunde und während Mittagszeit 12:00-14:00 Uhr.

B2, B3 - Optionen Spätverkehr (Freitage, Samstage) - 4 Linien, stündlich bis 1:00 Uhr

- B4 - Erweiterung der Linien 561 und 567 auf Halbstundentakt
- B5 - Linie 569: stündliche Erfassung der Randbereiche Auestraße, Quartiersmensa Q+M, Lyautey mit barrierefreiem Kleinbus via ZOB-Busbahnhof

Die CDU-Fraktion hat sich laut Herrn Dr. Jung sehr eingehend mit dem Busliniennetz beschäftigt. Ziel war es, möglichst alle medizinischen, sozialen Einrichtungen sowie Einkaufsmöglichkeiten einzuschließen. Diese Forderung wird mit dem Grundangebot allein nicht erfüllt, sondern nur in Kombination mit Option B5 erreicht. Für ihn ist nicht einsichtig, warum die Quartiersmensa in SP-West als sozialer Treffpunkt schlechter gestellt werden soll als das Mehrgenerationenhaus in SP-Nord. Er erinnert auch an wiederholte Forderungen aus der Bevölkerung nach der Anbindung aller Einkaufsmöglichkeiten in der Auestraße. Die Optionslinie 569 verbindet SP-West über das Lyautey-Gelände und den Busbahnhof mit der Einkaufsregion SP-Ost. Sie deckt damit alle Wünsche der CDU-Fraktion ab und sollte nicht verkürzt als Cura-Linie bezeichnet werden, da sie sehr viel weiter geht. Die Optionen B1 und B4 hingegen hält die CDU für zwar wünschenswert aber verzichtbar; ein 7,5-Minutentakt über die Hauptstraße sei nicht notwendig, die Straße verfrage auch nur ein gewisses Maß an Busverkehr.

Die Neuregelung des Busverkehrs ist laut Herrn C. Ableiter der zweite große Schritt im ÖPNV neben S-Bahn-Halt Süd. Er nimmt die Konzeption mit großer Freude zur Kenntnis, weil sie wesentliche Forderungen der BGS erfüllt. Allerdings gefällt die Anbindung der Neubaugebiete in SP-Ost weniger, daher signalisiert er Unterstützung für Option B4. Begrüßt wird auch die Verbesserung des Angebots für Jugendliche in den Abendstunden durch B2 und B3. Aus eigener Anschauung weiß er, dass der Shuttleverkehr große Gruppen vom Bahnhof mit den Kleinbussen nicht befördern kann. Daher sind größere Busse auf der Linie notwendig; auch die Takt-Verdichtung wird unterstützt. Eine Linie zum Mehrgenerationenhaus hingegen gibt es nicht. Die fußläufige Entfernung von der Haltestelle in der Spalinger Straße ist vergleichbar mit der Haltestelle Kurt-Schumacher-Straße zum Lyautey-Gelände. Das MGH wird im Übrigen überwiegend von Fußgängern aus dem Viertel frequentiert. Insoweit handelt es sich um eine erfundene Argumentationskette der CDU. Die BGS lehnt diese Cura-Center-Linie ab, stimmt allen anderen Optionen aber zu.

Der ÖPNV muss nach Ansicht von Herrn Jaberg gegenüber dem Individualverkehr attraktiv gestaltet werden und darf deshalb nicht nur unter finanziellen Aspekten gesehen werden; er erinnert an die Klimaschutzinitiative der Stadt Speyer und spricht von einer Zukunftsentscheidung. Die Optionspakete sind sicherlich diskussionsfähig, aber Option B1, wird seitens Bündnis 90/Die Grünen befürwortet. Auch bezüglich B5 wurde emotional diskutiert, da von den Investoren kostengünstig an den Stadtrand gebaut wurde und nun das Problem besteht, wie kommen die Leute dahin? Nachdem das Cura-Center genehmigt und gebaut ist, sollte man die Argumentation nicht allein darauf beschränken, sondern die Option auf das Lyautey-Gelände insgesamt ausdehnen. In Kombination mit anderen Einrichtungen sei die Linie zustimmungsfähig.

Zur Finanzierung merkt er an, dass die Buspreise so gestaltet werden müssen, dass die Leute auch auf Busse umsteigen. Ein Fahrpreis von 2,80 € nach SP-Nord ist schlichtweg zu hoch. Die Shuttlebusse sind wirtschaftlich am erfolgreichsten, obwohl preislich am günstigsten. Die Tarifierung erfolgt laut Vorsitzendem durch den VRN und nicht durch die Stadt. Der Sondertarif für die Innenstadtlinie bleibt jedoch erhalten, anders als in der Presse zu lesen war.

Frau Tochtermann-Bischof begrüßt für die SWG-Fraktion das vorgestellte Konzept, weil es den nördlichen Stadtteil besser anbindet. Sie erinnert aber auch daran, dass bisher keine Haushaltsansätze für den Busverkehr notwendig waren. Die SWG steht für eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Deshalb erwartet sie auch spätestens für die nächste Sitzung die Vorlage des neuen Verkehrsentwicklungsplans, da der Busverkehr nicht ausgeklammert zu sehen ist. Die Grundmodelle A1 und A2 werden uneingeschränkt

unterstützt. Die Optionsmodelle dagegen sind wünschenswert, aber aus finanziellen Erwägungen - mit Ausnahme von B2, B3 - nicht realisierbar. Die ÖPNV-Erschließung des freiwerdenden LIDL-Geländes wird ihrer Ansicht nach frühestens in 10 Jahren relevant; bis dahin verbleibt noch viel Zeit.

Herr Feiniler hat Fragen zur Infrastruktur: Buslinien brauchen Haltestellen. Das Cura-Center befindet sich jedoch auf Privatgelände. Er möchte wissen, wo dort eine Haltestelle entstehen soll und wer das bezahlt. Außerdem wünscht er nochmals Erläuterungen zur Taktung A1 - B1.

Eine reguläre Haltestelle an der Iggelheimer Straße für 12 m KOM würde nach Informationen des Vorsitzenden etwa 30.000 € kosten. Der vorgesehen Kleinbus kann aber auch auf dem Gelände wenden. Die Kosten sind in erster Linie abhängig von der Ausstattung (nur Schild, Wartehäuschen, etc.). Die höhere Taktung in der Fußgängerzone würde durch einen zusätzlichen Pendelbus zwischen HBf und Museumskreisel erreicht.

Herr Röbosch spricht den Planern ein Kompliment für das Gesamtkonzept aus. Nach seiner Auffassung ist der 15 Minuten-Takt ausreichend. Die Optionspakete hält er für verzichtbar, mit Ausnahme der Linie 569.

Herr Deutsch hat ebenfalls eine technische Frage zur Linienführung. Er möchte wissen, wie der Bus zu der "Pfitzenmeier-Station" fährt und fragt nach, wie kann er dann den 60-Minuten-Takt halten, wenn er über den Kreisel fahren muss. Der Vorsitzende erläutert, der vorgesehene Kleinbus könne engere Radien befahren und damit den Parkplatz befahren. Für die Strecke Q+M – Lyautey – ZOB sind 40 Minuten im Takt vorgesehen und weitere 20 Minuten für die Austraße. Nach Ansicht von Herrn Deutsch ist dieser Takt während des Berufsverkehrs vermutlich nicht zu halten.

Frau Keller-Mehlem möchte nochmals den Aspekt der Notwendigkeit einer guten Anbindung zur Quartiersmensa für Kinder, Jugendliche und Senioren hervorheben, nachdem dort eine ganze Reihe von Angeboten etabliert wurden (K.E.K.S., VFBB, Frühe Hilfen). Auf den Einwand von Herrn Ableiter merkt sie an, dass außerhalb der Essenszeiten viele Besucher mit dem Bus zum Mehrgenerationenhaus SP-Nord kommen; davon könne sich jeder gerne selbst überzeugen.

Herr Feiniler äußert sich positiv darüber, dass das Busnetz günstiger wird, als ursprünglich angenommen, zeigt sich aber überrascht davon, dass die Verwaltung die Annahme aller Optionspakete empfiehlt, also praktisch das Geld zum Fenster hinauswirft. Wer heute 10 Minuten auf den Bus warten kann, kann das später auch 15 Minuten. Somit können ohne Option B1 über 100.000 € eingespart werden. Das zusätzliche Angebot der Anbindung der Austraße mit der Cura-Linie bezeichnet er als Zuckerbrot für eine Zustimmung. Die Ärzte im Cura-Center beteiligen sich nicht an den Kosten. Die SPD-Fraktion stimmt für das Paket A1 und A2 mit B2, B3. Alle anderen Optionen werden abgelehnt.

Der Vorsitzende erwidert, alle jetzt vorgestellten Optionsvorschläge seien ausdrückliche Wünsche aus dem Rat, die in die Ausschreibung aufgenommen wurden. Er verwahrt sich mit Nachdruck gegen den Vorwurf, die Verwaltung werfe Geld zum Fenster hinaus.

Herr Hinderberger stellt die Taktung der Tullastraßen-Linie grundsätzlich in Frage. Seitens des VRN wird geantwortet, dass es sich dann nicht mehr um Taktverkehr handelt, wenn das Angebot nicht in regelmäßigen Abständen besteht.

Herr Jaberg kritisiert erneut, man solle beim ÖPNV-Angebot nicht immer nur ans Geld denken, sondern auch hinterfragen, wie belastet die Menschen vom PKW-Individualverkehr in den Hauptausfallstraßen werden. Der Rat trifft heute eine Entscheidung, um ein möglichst gutes Angebot für eine lebenswertere Zukunft zu bieten: je besser das Angebot ist, umso besser wird es von den Bürgerinnen und Bürgern auch angenommen. Deshalb dürfe man

bei der Linie 569 die Bauhaus-Anbindung nicht vergessen. Herr Dr. Winnes erklärt, es werde auf dem Lyautey-Gelände natürlich noch weitere Ein- und Ausstiegsstellen geben, z.B. auch am Bauhaus. Alles andere wäre betriebswirtschaftlicher Nonsens.

Herr F. Ableiter bekundet Sympathie für die Anbindung der Austraße und der Quartiersmensa, hat aber Probleme mit dem Lyautey-Gelände, weil dort kommerzielle Industriebetriebe angesiedelt sind, die ihren Beitrag dazu leisten könnten. Er erinnert an die Realisierung eines Parkstreifens in SP-Nord unter finanzieller Beteiligung von Firmen, die davon einen wirtschaftlichen Vorteil hatten. Er fragt sich, warum die Linie 569 nur als Option mit dem Lyautey-Gebiet ausgeschrieben wurde.

Frau Roos hingegen spricht von einem ausgewogenen Plan, durch den viel mehr Bewegung und Kommunikation in die Stadt kommt, auch ohne Auto. Die Stadt kann flexibler und kommunikativer werden, vor allem auch durch die Verdichtung des Busknotens am ZOB, der für eine höhere Vernetzung sorgt, auch in Richtung Bauhaus.

Herr Rottmann stellt fest, Herr Feiniler müsste eigentlich für die Linie 569 sein, weil Austraße bis Marktkauf angeschlossen wird, was seitens der SPD seit Jahren gefordert wurde. Die anderen Optionen wären zwar wünschenswert, müssen aber nicht unbedingt realisiert werden. An die VRN-Vertreter richtet er eine Nachfrage zu den variablen Kosten. Diese erläutern, da der Dieselpreis variabel sei, sinken die Kosten, wenn die Kraftstoffpreise weniger steigen und umgekehrt. Außerdem wird die Schülerbeförderung im Land neu verhandelt, was das Linienbündel finanziell mit bis zu 100.000 € entlasten könnte.

Herr Dr. Winnes äußert aus planerischer und verkehrlicher Warte das große Anliegen, die Option B1 mit zu beschließen, da zu einem sehr guten Preis die Möglichkeit geschaffen würde, im optimalen Zeittakt zum Weltkulturerbe Dom zu Speyer zu kommen. Später möglicherweise notwendige Verdichtungen werden erheblich teurer als das jetzige Angebot.

Der Vorsitzende dankt den Planern ausdrücklich für ihre hervorragende Arbeit.

Beschluss:

Der Stadtrat fasst folgende Beschlüsse:

1. Grundversorgung **A1** und **A2**
sowie Optionspaket **B3** – Spätverkehr Linie 568 – **einstimmig angenommen**
2. Option **B1** – Taktverdichtung Domplatz-HBf – **mehrheitlich abgelehnt**
(bei 10 Ja-Stimmen)
3. Option **B2** – Spätverkehr Linien 562-565 – **mehrheitlich angenommen**
(bei 4 Gegenstimmen)
4. Option **B4** – Taktverdichtung Linien 561, 567 – **mehrheitlich abgelehnt**
(bei 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)
5. Option **B5** – Kleinbuslinie 569 – **mehrheitlich angenommen**
(mit 19 Ja-Stimmen, bei 15 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen)

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

**Gegenstand: Monitoring Klimaschutzprogramm;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 20.06.2013
Vorlage: 1099/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung des Antrages erfolgt durch Herrn Rottmann unter Bezugnahme auf das Klimaschutzkonzept der Stadt Speyer. Gewünscht wird eine regelmäßige Berichterstattung über den Stand der Erfolge, beginnend mit 2013.

Herr Jaberg schlägt vor, diese Ergebnisse auch auf der Webseite der Stadt Speyer unter der Rubrik KISS darzustellen.

Der Vorsitzende räumt ein, durch den überraschenden Weggang der bisherigen Klimaschutzmanagerin zur Metropol-Region Rhein-Neckar mit dem Berichtswesen etwas in Verzug zu sein. Es existiert aber bereits ein Maßnahmenkatalog, der noch vor ihrem Abschied im Frühjahr 2013 erstellt wurde. Dieser Maßnahmenkatalog wird dem Protokoll beigelegt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Stadtverwaltung und die Stadtwerke werden beauftragt, alle zwei Jahre über den Stand der Umsetzung des Klimaschutzkonzepts und des Zielkonzepts „Speyer 100 % regenerativ“ zu berichten, beginnend mit dem Jahr 2013.

**Gegenstand: Bekämpfung invasiver Pflanzenarten - Ambrosie;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 21.06.2013
Vorlage: 1101/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Wagner. Er nimmt dabei Bezug auf den Report-Bericht, in dem auf ein angeblich großes Vorkommen in Speyer hingewiesen wird. Bundesweit leidet fast jeder 3. an einer Allergie, vorwiegend an Pollenallergien. Der Blütenstaub der Ambrosie enthält ein extremes Allergen. Die Pflanze ist ausgesprochen widerstandsfähig; in der Schweiz schafft man es mit einem landesweiten Programm gerade, den Bestand einigermaßen im Zaum zu halten. Die Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und Hessen zeigen eine sehr zögerliche Haltung und wollen abwarten, bis ein europäisches Gutachten vorliegt. Bis dahin kann evtl. eine weitere Ausbreitung der Pflanze nicht mehr gestoppt werden.

Nach Ansicht von Frau Münch-Weinmann hätte man das Wissen der LUFA dazu holen können. Sie plädiert für eine Verweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr; dort sollen Fachleute hinzugezogen werden.

Die BGS teilt laut Herrn C. Ableiter die Auffassung der CDU-Fraktion, nicht zu lange zuzuwarten. Eine mechanisierte Bekämpfung mit Mähmaschinen alleine ist nicht ausreichend, ein Angriff auf die Landesregierung hilft da aber auch nicht. Deshalb sollte in Randbereichen der Einsatz von städtischen Kräften zur manuellen Bekämpfung geprüft werden.

Herr Feiniler wirft ein, der Landesregierung sei die Gefährlichkeit wohl doch bekannt, sonst wäre keine Abfrage an die Kommunen gestellt worden; der Antrag sei damit obsolet. Herr Dr. Jung erwidert, die Reaktion erfolgte erst nach der Fernsehsendung. Die Problematik ist aus Sicht des Vorsitzenden durchaus bekannt, allerdings ist der Einwanderer schwer zu unterscheiden von einheimischen Beifußgewächsen. Bekannt sind in Speyer 2 Vorkommen, an der B 9 und an einer Unterführung der B 39. Nach der Sendung gab es mehrere Anrufe über Sichtungen möglicher Ambrosia-Standorte, die jedoch nicht verifiziert werden konnten.

Für Herrn Dr. Jung ist es unverständlich, was so schwer daran sein kann, einem solchen Antrag zuzustimmen. Er fragt, was da denn so Kritisches drin steht. Der Rat kann den Antrag doch beschließen und die weitere Beratung dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr übergeben. Der Landesbetrieb Mobilität sollte seines Erachtens nicht aus der Verantwortung genommen werden, manuelle Beseitigungsarbeiten vorzunehmen.

Frau Münch-Weinmann stellt formell den weitergehenden Antrag auf unmittelbare Verweisung in den Ausschuss zur Beratung und Entscheidung.

Herr F. Ableiter erinnert daran, dass solche Anträge, wenn sie von der BGS kamen, vom früheren OB oder der CDU-Fraktion mit dem Argument niedergeschmettert wurden, damit bräuchte man die Ratssitzungen nicht zu belasten, dies sei Sache für die Verwaltung, die personell heute aber auch nicht mehr so besetzt ist, um alle Bereiche abdecken zu können.

Der Antrag von Frau Münch-Weinmann auf Verweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr erhält mit 19 Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit und wird mit 20 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 9 Enthaltungen, SPD-Fraktion):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat zu berichten, welche Erkenntnisse sie über das Vorkommen der Beifuß-Ambrosie hat.
2. Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, zu berichten, welche Maßnahmen sie gegen das Vorkommen der Beifuß-Ambrosie ergriffen hat oder zu ergreifen gedenkt.
3. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, dass die Bürgerinnen und Bürger der Verwaltung Informationen über festgestellte Populationen der Beifuß-Ambrosie zukommen lassen.
4. Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister, von der Landesregierung eine landesweite Strategie zur aktiven Bekämpfung der Beifuß-Ambrosie einzufordern.

Die antragstellende CDU-Fraktion ist damit einverstanden, wenn die weitere Behandlung des Themas im Ausschuss für Umwelt und Verkehr erfolgt.

**Gegenstand: 1. Nachtragshaushaltssatzungen 2013 mit den
Nachtragshaushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung
und der Waisenhausstiftung
Vorlage: 1078/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die zusätzlichen Unterlagen, die als Tischvorlage ausliegen und auszutauschen sind. Im Haupt- und Stiftungsausschuss, der bereits ein empfehlendes Votum abgegeben hat, war eine Überarbeitung einiger Zahlen zugesichert worden. Der Jahresfehlbetrag wird leicht nach oben korrigiert. Er erläutert die Veränderungen bei den Zuschüssen der Jugendvereine, die sich aus der etwas verwirrenden Darstellung durch Konten (z.T. ohne Haushaltsansatz) ergeben haben. Es erfolgt jedenfalls keine Kürzung der laufenden Arbeit, die Minderung von 2.500 € bezieht sich nur auf den Deckungskreis mit nicht verausgabten Restmitteln aus 2012.

Frau Münch-Weinmann erkundigt sich nochmals nach Produkt 36200; der Vorsitzende nimmt Bezug auf das eben Besprochene. Frau Münch-Weinmann kritisiert weiterhin, dass die Unterlagen für die Beratungen des Jugendhilfe-Etats im Jugendhilfeausschuss sehr kurzfristig zugestellt wurden und fragt die Verwaltung, ob dies nicht früher erfolgen könnte. Der Vorsitzende sieht in 2013 ein besonderes Problem darin, dass der Haupthaushalt lange nicht genehmigt war und mit der Erstellung des NTH entsprechend spät begonnen werden konnte. Begründet wird die Verzögerung damit, dass für die Prüfung von Haushalt und der -vorrangigen - Sparkassenfusion bei der ADD die gleiche Sachbearbeitung der Kommunalaufsicht zuständig ist.

Die BGS-Fraktion lehnt laut Herrn C. Ableiter den eigentlichen Haushalt 2013, ebenso wie den NTH 2013 sowie die Teilnahme am KEF, aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Vielen kleinen, aber schmerzhaften Kürzungen bei Sportvereinen, Frauenhaus etc. stehen Verschwendungsgorgien wie der Ausbau des St.-Guido-Stifts-Platzes oder das Entwicklungskonzept Kernstadt Nord gegenüber. Der Vorsitzende verwahrt sich vehement gegen diese Behauptungen.

Herr Czerny erkundigt sich nach der zugesagten Erneuerung des Belags in der Halfpipe, die er im Haushalt nicht finden kann. Diese Maßnahme wird laut Vorsitzendem im Rahmen der Reparatur- und Unterhaltsmittel abgewickelt und ist keine Investivmaßnahme, die im NTH erscheint.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen – BGS-Fraktion) die 1. Nachtragshaushaltssatzungen 2013 mit den Nachtragshaushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die Einrichtung eines Jugendstadtrates und Festlegung des Wahltermins für 2013
Vorlage: 1102/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Jugendstadtrates bzw. der Verwaltung fasst der Stadtrat im Hinblick auf die bevorstehende dritte Wahl des Jugendstadtrates die Änderung der Satzung zur Einrichtung einer Jugendvertretung in der Stadt Speyer vom 15. Dezember 2011 einstimmig folgende Beschlüsse

1. Delegiertenzahl

Die Delegiertenzahl wird um ein beratendes Mitglied je Schule erhöht.
§ 2 Abs. 4 Satz 1 erhält folgende neue Fassung:

(4)

¹ An folgenden Schulen werden *jeweils zwei stimmberechtigte Mitglieder und ein beratendes Mitglied* in den Jugendstadtrat gewählt:

1. Edith-Stein-Gymnasium

(...)

14. Realschule plus Dudenhofen / Römerberg

2. Inkrafttreten

Die heute beschlossene Änderung der Satzung tritt am 01. Dezember 2013 in Kraft.
§ 5 erhält folgende Fassung:

Die Satzungsänderung tritt zum 01. Dezember 2013 in Kraft.

3. Wahltermin

Als Termin für die dritte Wahl des Jugendstadtrates wird der 12. Dezember 2013 festgesetzt. An der Johann-Joachim-Becher-Schule kann die Wahl mit Rücksicht auf die Schüler, die nur tageweise Unterricht haben, in der Woche vom 09. bis 13. Dezember 2013 durchgeführt werden.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Aufstellung der Vorschlagslisten zur Wahl der Jugendhaupt- und Jugendhilfsschöffinnen/-schöffen für den Zeitraum 2014 - 2018
Vorlage: 1079/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Münch-Weinmann weist darauf hin, dass dem Landgericht Frankenthal eine Präsidentin vorsteht.

Inhaltlich wird seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass von der Liste der Schöffen (Männer) in der ursprünglichen Vorlage die lfd. Nr. 8 (Herr Stadler) ausscheidet, da dieser seine Kandidatur zurückgezogen hat. Für ihn rückt nach:

lfd. Nr. 13; Herr Michael Schäfer; geb. 26.12.1969 in Wiesbaden; wohnhaft
Hetzelsstraße 2; 67346 Speyer; Beruf: Lehrer; Staatsangehörigkeit: deutsch

Beschluss:

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig, der Präsidentin des Landgerichts Frankenthal die in der Liste beigelegten Personen als Jugendhaupt- und Jugendhilfsschöffinnen/-schöffen vorzuschlagen (geänderte Liste).

Gegenstand: Straßen-/Platzbenennung: Platz der Stadt Yavne
Vorlage: 1059/2013/1

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende informiert über einen Antrag der SPD-Fraktion mit dem Vorschlag, den Platz hinter dem Kaufhof, auf dem der Synagogengedenkstein steht, als Platz der israelischen Partnerstadt zu taufen. Die Fläche befindet sich jedoch in Privatbesitz und wird als Parkplatz genutzt. Er sieht auch gewisse rechtliche Probleme, denn die Gewerbebetriebe dort, u.a. der Kaufhof, müssen Stellplätze nachweisen. Er schlägt angesichts dessen eine Verschiebung in die August-Sitzung vor.

Der SPD-Fraktion war dieser Umstand laut Frau Spoden nicht bekannt. Sie regt an, mit dem Privateigentümer Gespräche über die Verlagerung der Parkplätze und der Entstehung einer Freifläche zu führen, um auch den Gedenkstein für die Reichskristallnacht aufzuwerten, dessen Bodenplatte häufig verschmutzt sei.

Herr C. Ableiter befürwortet im Auftrag der BGS-Vertreterin im Kulturausschuss einen attraktiven Platz, auf dem man auch mal ein kleines Fest feiern oder ein Zelt stellen kann.

Frau Häußler geht in Widerspruch zu Presseberichten, wonach der Gedenkstein nicht gepflegt werde oder verschmutzt sei. Dies wird von einem Anwohner regelmäßig erledigt. Sie spricht von gewissen Schwierigkeiten mit dem privaten Eigentümer. Sicherlich könne man vieles schöner machen. Herr Feinler erwidert, der Platz hätte thematisch halt gut gepasst.

Mit einer Vertagung ist der Stadtrat einverstanden.

Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Stadtwerke Speyer GmbH und Ergebnisverwendung
Vorlage: 1097/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass in der Sitzung des Aufsichtsrates am 25.06.2013 beschlossen wurde, die Gewinnausschüttung an den Gesellschafter um 500.000 € zu erhöhen. Die Zahlen zu Ziffer 2. der Vorlage sind demnach entsprechend zu korrigieren.

Beschluss:

Der Stadtrat fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Stadtwerke Speyer GmbH

Auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Speyer GmbH schlägt der Rat der Stadt Speyer der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresabschluss 2012 der Stadtwerke Speyer GmbH in der vorliegenden Fassung festzustellen.

	in €
Die Bilanzsumme beträgt	84.739.978,91
Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von	5.784.190,73

Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Stromversorgung	2.308.126,33	
Gasversorgung	3.970.031,28	
Wasserversorgung	915.760,63	
Fernwärmeversorgung	244.015,60	
Gewinn vor Ergebnis des Kombibades und Beteiligung		7.437.933,84
Verlust des Kombibades Bademaxx		./ 1.772.368,09
Gewinn der Verkehrsbetriebe GmbH		+ 118.624,98
Jahresüberschuss		5.784.190,73

Fortschreibung zum Bilanzgewinn:

Bilanzgewinn zum 31.12.2011	5.663.589,98
Gewinnausschüttung für das Jahr 2011	1.850.000,00
Einstellung in die Gewinnrücklagen	3.813.589,98
Bilanzgewinn zum 31.12.2012	5.784.190,73

2. Verwendung des Jahresergebnisses 2012 der Stadtwerke Speyer GmbH

Auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Speyer GmbH schlägt der Rat der Stadt Speyer der Gesellschafterversammlung vor, aus dem Bilanzgewinn 2012 in Höhe von

5.784.190,73 Euro

einen Betrag in Höhe von 2.000.000,00 Euro an den Gesellschafter auszuschütten, und den verbleibenden Gewinn in Höhe von 3.784.190,73 Euro in die Gewinnrücklage des Unternehmens einzustellen.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Gemeinnützigen
Wohnungsbaugesellschaft Speyer GmbH (GEWO) und
Ergebnisverwendung
Vorlage: 1103/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Münch-Weinmann weist darauf hin, dass die GEWO nicht mehr gemeinnützig ist, im Namen diesen Titel aber immer noch führt. Ein Beschluss in eine Teilung nach GEWO Wohnen und GEWO Leben ist nach Auskunft des Vorsitzenden bereits gefasst, die ADD muss jedoch noch zustimmen, was nach Auskunft von Herrn Böhmer evtl. bis Ende des Jahres erfolgt sein könnte.

Einen Redebeitrag von Herrn C. Ableiter zu Gemeinnützigkeit und Gewinnerzielung unterbricht der Vorsitzende mit dem Hinweis zur Tagesordnung.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Aufsichtsrates der GEWO GmbH stellt der Stadtrat den Jahresabschluss 2012 fest und empfiehlt den Gesellschaftern die Annahme des Gewinnverwendungsvorschlages der Geschäftsführung.

Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Speyer mbH (WES) und Ergebnisverwendung
Vorlage: 1096/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (WES) hat in seiner Sitzung am 17.06.2013 den Jahresabschluss 2012 der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (WES) festgestellt und den Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses 2012 gefasst.

Der Stadtrat nimmt den Jahresabschluss 2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer einstimmig zur Kenntnis und stellt den für das Geschäftsjahr vom 01.01.2012 – 31.12.2012 wie folgt fest:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2012 792.936,52 €

Die Gewinn- und Verlustrechnung vom
01.01.2012 bis 31.12.2012 schließt
mit einem Jahresfehlbedarf von 5.732,29 € ab.

Der Jahresfehlbedarf in Höhe von 5.732,29 € wird auf das neue Rechnungsjahr vorgetragen.

Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 76
"Zwischen Hasenfühlweide und Rheindamm"
II. Flächennutzungsplanänderung
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 1 Abs. 3 BauGB
Vorlage: 1082/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Hinderberger trägt vor, dass LIDL-Neubau voraussichtlich schon Anfang 2014 fertiggestellt wird. Die SPD stimmt einem Bebauungsplanverfahren vorbehaltlich zu, wenn gutachterlich festgestellt wird, dass das Gebiet hinsichtlich der Altlastenproblematik für eine Wohnbebauung geeignet ist. Der Vorsitzende führt aus, dass auf dem Schiffer & Nicklaus-Areal mit der Beprobung bereits begonnen wurde.

Frau Ritthaler begrüßt für die SWG das Vorhaben, das freiwerdende LIDL-Gelände nicht mehr gewerblich zu nutzen und als Stadt selbst planerisch tätig zu werden. Es handelt sich um einen sehr großen Bereich, in dem Schule, Gewerbe, Wohnen und Verkehr unter einen Hut zu bringen sind und der nicht isoliert betrachtet werden darf. Sie weist als Konfliktpunkt auf die unmittelbare Nachbarschaft zum Industriebau hin, dessen gewachsene Struktur auf keinen Fall unter einer Wohnbebauung in der Nachbarschaft leiden darf. Daher ist im Bebauungsplanverfahren auf ausreichende Abstände und entsprechende Lärmschutzmaßnahmen zu achten. Sie kündigt für die nächste Ratssitzung nach der Sommerpause einen Antrag der SWG an, der den Denkmalschutz für den Industriebau anregt.

Für Herrn C. Ableiter sind Pläne schon im Entwurf sehr schön, so wie er sich das für das Erlus-Gelände gewünscht hätte – wenn es sich um ein Gelände auf dem Hochgestade handeln würde. Das Gebiet ist der tiefste Punkt in der Speyerer Rheinniederung, die bei einem 200jährigen Hochwasser komplett volllaufen wird. Er hat große Bedenken gegen diese Planungen und kann deshalb nicht zustimmen. Dabei verweist er auf die Erfahrungen aus den neuen Bundesländern, wo nach der Wende an Elbe und Saale ebenfalls Überschwemmungsgebiete verbaut wurden und nun die Konsequenzen zu tragen sind. In anderen Städten werden Gründungszentren entwickelt, wofür das Industriebaugelände und die angrenzende Fläche sehr geeignet wäre, in Speyer werden Wohnungen gebaut. Kritisch sieht er auch den Schutz von Wohnbebauung vor Gewerbelärm aus den angrenzenden Gebieten.

Für Herrn Dr. Jung sind all diese Aspekte in einem Bebauungsplanverfahren von Fachleuten zu prüfen, was letztendlich in einem Abwägungsverfahren mündet. Und genau um den Beschluss zur Aufstellung eines solchen Planes geht es heute. Wer von vorne herein alles schlecht redet und ablehnt, verkennt den Sinn eines solchen Verfahrens.

Herr Jaberg findet die Unterschutzstellung des Industriebaus gut. Speyer hat einen Nachbbedarf an Flächen für Kleingewerbe, was die Grundstückpreise nach oben treibt. Er erinnert an die Hochwasser- bzw. Druckwasserproblematik. Auch eine gute ÖPNV-Anbindung ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr wichtig.

Nach Ansicht von Herrn F. Ableiter wurden B-Pläne bisher auf Investoren zugeschnitten, Einwendungen wurden in dem von Herr Dr. Jung so gerühmten Verfahren nicht oder nur in ganz kleinem Umfang berücksichtigt. Durch die Überplanung wird ein weiteres Gelände versiegelt. Er warnt davor, die Lärmsituation an den Schnittstellen zu Gewerbegebieten zu unterschätzen. Aus seiner Sicht werden immer mehr Gewerbeflächen aufgegeben; damit gehen der Stadt auch Arbeitsplätze verloren.

Der Vorsitzende stellt richtig, dass es sich bei dem Areal im Augenblick um ein Industriegebiet handelt. Außerdem findet eine Entsiegelung statt, wenn eine andere Nutzung als die bisherige Logistikfläche Einzug hält; die Behauptung der BGS, es würde eine weitere Versiegelung erfolgen, ist nicht richtig.

Herr Röbosch erinnert an die Diskussion um den LKW-Lärm in der Kirmmeier- und Auestraße durch das LIDL-Zentrallager, die auch von der BGS geführt wurde. Man könne froh sein, dass der Betrieb dort nun herausgeht, ohne dass Arbeitsplätze verloren gehen. Er begrüßt die Konzeption der Stadtverwaltung.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses fasst der Stadtrat mehrheitlich (bei drei Gegenstimmen – BGS-Fraktion) folgende Beschlüsse:

1. Der Rat der Stadt Speyer beschließt, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 76 "Zwischen Hasenpfühlerweide und Rheindamm" einzuleiten. Das ca. 9.3 ha große Plangebiet wird dem beigefügten Lageplan entsprechend durch die Franz-Kirmmeier-Straße, Auestraße, Grünzug Schlangenhühl und Industriebegrenzung begrenzt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 76 soll den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 13 „Schlangenhühl Süd“ in diesem Teilbereich ersetzen
3. Da der wirksame Flächennutzungsplan 2020 aus dem Jahre 2007 die Grundstücksflächen als „Gewerbe“ darstellt, ist der Flächennutzungsplan gemäß § 8 Abs. 3 BauGB im Parallelverfahren zu ändern.
4. Ziel des Bebauungsplans und der II. FNP-Änderung ist es, das Areal zwischen Hasenpfühlerweide und Rheindamm einer wohnbaulichen Nutzung flaniert durch nichtstörende gewerbliche Nutzungen / Dienstleistungsnutzungen zuzuführen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgelegte städtebauliche Studie von baurmann.dürr architekten auf Machbarkeit zu prüfen, zu konkretisieren und einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen (Tischvorlage)
Vorlage: 1081/2013

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag der SWG-Fraktion

Gremium:	Mitglied:
Aufsichtsrat der SWS (2.)	neu: Alexander Genthner Marienstraße 3 für: Hans Peter Steigleider

2. Auf Vorschlag der CDU-Fraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Ausschuss für Tourismus (9.)	unverändert <i>(Anton Bronich)</i>	neu: Gregor Flörchinger für: Ulrich Deisinger

3. Auf Vorschlag des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV):

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Jugendhilfeausschuss (12.)	weitere stimmberechtigte Mitglieder Wohlfahrtsverbände, frei Träger der Jugendhilfe - DPWV	
	unverändert <i>(Christel Koch)</i>	neu: Regina Rokni (KiTa Flohkiste) Paulstraße 18 für: Stephan Brader

4. Auf Vorschlag BGS-Fraktion (mündlicher Vortrag in der Sitzung):

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Jugendhilfeausschuss (12.)	neu: Lucas Schröer Nachtigallenweg 96 für: Peter Rebholz	neu: Peter Rebholz Hopfenweg 11 <i>(bisher Mitglied)</i> für: Susanne Rebholz

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
(Tischvorlage)
Vorlage: 1104/2013**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen und Anregungen aus dem Kreis der Bürgerschaft liegen nicht vor.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

Gegenstand: Ermächtigung des Haupt- und Stiftungsausschusses während der Sommerferien

Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt den Haupt- und Stiftungsausschuss einstimmig, wichtige Entscheidungen, die dem Rat vorbehalten sind, während der Sommerferien vom 08.07.2013 bis zum 16.08.2013 an Stelle des Rates zu treffen.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

**Gegenstand: Unterrichtung des Stadtrates nach § 33 Abs. 2 GemO
(Verträge - Berichtsjahr 2012)**

Der Vorsitzende informiert entsprechend § 33 Abs. 2 GemO über Verträge, die die Stadt mit Mitgliedern der Gremien bzw. städtischen Mitarbeitern im Berichtsjahr 2012 abgeschlossen hat (soweit nicht Geschäft der laufenden Verwaltung).

Mit Rats-/Ausschussmitgliedern wurden keine entsprechenden Rechtsgeschäfte getätigt. Mit einer städtischen Mitarbeiterin des kommunalen Vollzugsdienstes wurde ein Grundstücksgeschäft für das Anwesen Am Sandhügel 79 abgeschlossen; der Stadtrat hat diesem Verkauf in seiner Sitzung vom 08.11.2012 bereits zugestimmt.

37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2013



37. Sitzung des Stadtrates 04.07.2013 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!